

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Katharina Schulze

Abg. Jürgen Baumgärtner

Staatssekretär Franz Josef Pschierer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir kommen jetzt zum

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU)

Vorhandene Kompetenzen im Bereich des unbemannten Fliegens nutzen!

(Drs. 17/2671)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Schreyer-Stäblein. Bitte schön.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben Ihnen den Dringlichkeitsantrag betreffend "Vorhandene Kompetenzen im Bereich des unbemannten Fliegens nutzen!" vorgelegt. Ich weiß, dass das unbemannte Fliegen emotional durchaus unterschiedlich gewertet wird. Auf Bundesebene wird darüber schon lange und ausführlich diskutiert. Wir müssen aber die Realität sehen, nämlich dass diese Technologie bereits in ganz Europa und weltweit eingesetzt wird. Daher müssen wir schauen, dass auch wir unsere Bereiche organisieren.

Wir wollen in Deutschland nicht aufrüsten. Unser Antrag hat im Wesentlichen zwei Ziele:

Erstens wollen wir diejenigen, die von der Bundesrepublik ins Ausland geschickt werden, entsprechend gut organisieren, damit die Bundeswehr so ausgestattet ist, wie wir es gerne hätten. Zweitens wollen wir auf diesem Wege Arbeitsplätze sichern; denn wenn wir wissen, dass die Aufträge europaweit zurückgehen, rentiert sich eine Arbeitsplatzsicherung natürlich.

Ich war mit der Kollegin Karl bei Airbus in Unterschleißheim. Dort haben wir sehen können, was passiert, wenn wir es versäumen, zukunftssträchtige Projekte anzugehen. Dies ist ein zukunftssträchtiges Projekt, bei dem wir Arbeitsplätze sichern. Wir sind es

denjenigen, die dort die Arbeitsplätze innehaben, unbedingt schuldig, angemessen zu reagieren.

Wir müssen die Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten so ausstatten, dass sie im Einsatz so gut wie möglich durchkommen. Man muss immer sehen: In 80 Ländern gibt es bereits Drohnen; Europa liegt hier zurück. Oft besteht die Sorge, dass das Ganze nicht richtig gesteuert wird; aber es sitzt immer noch ein Mensch am anderen Ende und entscheidet darüber, ob und wie Drohnen eingesetzt werden. Es ist also nicht so, dass der Einsatz unkontrollierbar würde. Immer noch entscheidet der Bundestag, wo etwas eingesetzt wird und wo nicht. Insofern soll unser Antrag noch einmal einen Schub geben. Ich würde mich auch sehr freuen, wenn wir ihn fraktionsübergreifend hinkämen, da es wirklich darum geht, die Bundeswehrsoldaten und -soldatinnen einerseits ordentlich auszustatten und auf der anderen Seite Arbeitsplätze zu sichern.

Ich möchte Ihnen das gerne an einem Beispiel verdeutlichen. Sie erinnern sich sicherlich daran, dass im letzten Oktober ein Konvoi der Bundeswehr Kundus verlassen hat. 441 Soldaten waren in 19 Fahrzeugen über zwei Tage in unübersehbarem Gelände unterwegs. Dort wurde eine Drohne geleast, damit sie den Soldaten helfen kann. Wir müssen schon überlegen: Wollen wir immer etwas aus anderen Ländern ausleihen, einkaufen oder leasen, oder produzieren wir das nicht besser in Bayern und achten darauf, dass wir die Arbeitsplätze bei uns vor Ort erhalten?

Noch einmal, da ich die Sorge natürlich ernst nehme: Im Hintergrund entscheidet immer ein Mensch, ob eine Drohne eingesetzt wird oder nicht. Deswegen würde ich mich sehr freuen, wenn wir für die Soldatinnen und Soldaten und für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern ein Zeichen setzen, und bitte Sie sehr herzlich, diesen Antrag überparteilich miteinander zu beschließen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bevor ich Herrn Kollegen Professor Gantzer das Wort erteile, darf ich auf folgenden Verfahrensablauf hinweisen: Im Anschluss an die-

sen Tagesordnungspunkt werden wir außerhalb der Tagesordnung die Verfassungsstreitigkeit aufrufen, die wir heute schon im Verfassungsausschuss besprochen haben. Nach der Verfassungsstreitigkeit kommt noch einmal der gestrige Tagesordnungspunkt 8 zum Aufruf, nämlich der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/1789 betreffend "CETA – Freihandelsabkommen Kanada – EU Keine Zustimmung bei Investorenschutz". Ich darf darauf hinweisen, dass über ihn namentlich abgestimmt wird.

Herr Professor Gantzer, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Gleich voraus, Frau Schreyer-Stäblein: Wir werden dem Antrag zustimmen, vor allem auch deswegen, weil der Antrag selber sehr neutral ist. Das Wort "Bundeswehr" kommt im Antrag überhaupt nicht vor –, erst in der Begründung ist davon die Rede. Ich bin schon lange im Parlament und muss sagen: So etwas habe ich noch nicht erlebt. Sie haben fast schon einen Undercover-Antrag für die Wehrindustrie gestellt.

Der Antrag selbst ist ohne Weiteres zustimmungsfähig, und ich begründe das wie folgt: Es wurde zwar nur und ausschließlich mit der Bundeswehr argumentiert. Ich kann Ihnen das insoweit bestätigen. Ich war vor zwei Jahren in Afghanistan, war einen halben Tag in einem Drohnenzentrum und habe erlebt, wie Aufklärungsdrohnen funktionieren. Das war faszinierend. Ich nenne ein Beispiel: Ein schwedischer Panzer ist auf eine IED, eine Sprengfalle, gefahren; die Kette war kaputt. Es war später Nachmittag. Man wusste nicht, ob man den Panzer noch bergen kann oder nicht. Es gab einen Auftrag an unsere Drohne festzustellen, ob im Umfeld Taliban – meistens schützen sie solche Sprengfallen – oder ähnliche Kämpfer vorhanden sind. Das konnte sofort aufgeklärt werden. Innerhalb von 20 Minuten war klar: Der Panzer kann geborgen und abgeschleppt werden.

Ich will damit nur sagen: Aufklärungsdrohnen haben einen Sinn. Ich bin auch der Meinung, dass sie für die Bundeswehr auf jeden Fall unverzichtbar sind. Ich weiß, dass die eigentliche Diskussion darum geht, ob wir bewaffnete Drohnen, Kampfdrohnen

haben wollen. Viele ethische Argumente sind angeführt worden. Ein schlechtes Beispiel sind auch die Amerikaner. Dazu muss ich aber auch sagen: In einer Pressemitteilung von gestern muss ich lesen, dass Hamas im Gazastreifen Drohnen eingesetzt hat. Ich frage einfach einmal: Was würden wir denn tun, wenn bei einem Bundeswehreinsatz im Ausland aufständische Rebellen auf einmal Kampfdrohnen gegen die Bundeswehr einsetzen würden? Ich will das nur als Frage in den Raum stellen. Darüber müssen wir sicherlich noch diskutieren.

Wir diskutieren also nicht über die bewaffnete Drohne – das möchten wir klarstellen. Das ist – das haben Sie auch angedeutet – eigentlich eine Entscheidung, die letztlich im Bundestag zu fällen ist. Grundsätzlich haben Sie aber völlig Recht; deswegen stimmen wir dem Antrag auch zu. Grundsätzlich stellen wir fest, dass Drohnen nicht nur bei der Bundeswehr wichtig sind. Drohnen sind ganz allumfassend ein ganz, ganz wichtiges Aufklärungsinstrument. Bei Großbränden, vor allem bei Waldbränden sind Drohnen inzwischen unverzichtbar. Bei Überschwemmungskatastrophen, bei großen Unfällen, bei Bergrutschen, bei allen Katastrophenfällen kann die Drohne ein wesentlich besseres Bild der Katastrophe übermitteln und die Rettungskräfte viel besser führen lassen. Deswegen sind wir der Meinung, dass diese Entwicklung durchaus gefördert werden soll.

Natürlich hat die Verteidigungsindustrie Probleme damit, weil sie die Drohne immer nur als Kampfdrohne präsentiert. Wir sind uns aber darüber einig – dass geht aus Ihrem Antrag hervor –, dass die Drohne auf allen Gebieten eine wichtige Rolle spielen kann, nicht nur bei der Bundeswehr. In Ihrer Begründung haben Sie nur einen einzigen Satz von sieben Sätzen darüber geschrieben und das auch noch eingeschränkt, indem Sie "möglicherweise können" geschrieben haben. Nein, nicht möglicherweise, sondern ganz bestimmt können Drohnen auf diesem Gebiet einen ganz, ganz großen Erfolg bei Katastropheneinsätzen bringen. Deswegen werden wir diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist der nächste Redner Kollege Pohl. Bitte sehr.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich zitiere:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die in Bayern vorhandenen Kompetenzen im Bereich des unbemannten Fliegens weiter ausgebaut werden. Durch den Abschluss von Entwicklungsverträgen sollen die bestehenden Potenziale im hochtechnologisierten und zukunftsweisenden Bereich des unbemannten Fliegens langfristig in Bayern erhalten bleiben;

sich beim Bund und auf europäischer Ebene für eine Kooperation mit anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einzusetzen, mit dem Ziel eines gemeinsamen Entwicklungsprojekts für militärisch genutzte UAV (unmanned aerial vehicle);

auch weiterhin die Entwicklung von UAV zu beobachten und deren Einsatzmöglichkeiten für Aufklärungszwecke im Bereich der Sicherheit und des Katastrophenschutzes zu prüfen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Wir können lesen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum habe ich diesen Antrag vorgelesen? – Das ist nicht Ihr Antrag. Das ist der Antrag der Abgeordneten Hintersberger und Fraktion der CSU sowie Tobias Thalhammer und Fraktion der FPD vom 21. Juni 2012. Wortgleich stellen Sie diesen Antrag heute – nein; ein paar Änderungen haben Sie vorgenommen. Sie wollen nämlich nicht nur die bestehenden Potenziale, sondern jetzt auch das Know-how im hochtechnologisierten und zukunftsweisenden Bereich des unbemannten Fliegens in Bayern erhalten und wettbewerbsfähig bleiben; das haben Sie auch noch hineingeschrieben. Ansonsten ist dieser Antrag wortgleich mit dem Antrag, den

Sie am 21. Juni 2012 gestellt haben. Wir haben damals zugestimmt. Wir werden auch heute zustimmen.

Es ist aber schon ein Armutszeugnis, dass die Bayerische Staatsregierung einen Beschluss des Bayerischen Landtags zur Kenntnis nimmt und offensichtlich zwei Jahre lang nichts tut.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zwei Jahre lang tun Sie überhaupt nichts. Jetzt muss die CSU-Fraktion ihrer Bayerischen Staatsregierung Nachhilfe erteilen und sagen: Jetzt, nach zwei Jahren, macht doch endlich etwas.

Ja, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, auch wir halten das für wichtig und richtig; aber was wollen wir mit einer Staatsregierung anfangen, die zwei Jahre untätig bleibt? Glauben Sie, dass sich, wenn wir jetzt diesen Antrag beschließen, in den nächsten zwei Jahren etwas tut? Ich weiß ja, dass Sie gerade im Bereich der Verteidigungspolitik durchaus Kompetenzen in Ihrer Partei gebündelt haben, die sich auf das Abschreiben verstehen. So dreist muss man es aber nicht bringen, indem man den Antrag wortgleich wiederholt und dieses Parlament ein zweites Mal damit beschäftigt. Eigentlich hätten Sie es sich einfach machen können und hätten schreiben können: Der Landtag wolle beschließen, die Bayerische Staatsregierung solle endlich den Beschluss des Bayerischen Landtags vom 21. Juni 2012 umsetzen und wie gefordert tätig werden. Das wäre ehrlich gewesen. Aber nein, Sie haben eine andere Variante vorgezogen. Ich sage es Ihnen noch einmal: Wir werden Ihrem Antrag zustimmen. Ich weise aber schon darauf hin, dass es eine mittlere bis größere Peinlichkeit ist, den Bayerischen Landtag zweimal mit wortgleichen Anträgen zu derselben Materie zu beschäftigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Pohl. Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat sich Frau Kollegin Schulze gemeldet.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin auch ziemlich verwundert über den Dringlichkeitsantrag der CSU. Wie Kollege Pohl schon ausgeführt hat, gab es den vor zwei Jahren schon einmal. Damals wurde er gegen die Stimmen der GRÜNEN im Landtag auch beschlossen. Ich stelle dazu drei Fragen:

Kommen jetzt alle Anträge der CSU, die in der letzten Legislaturperiode schon beschlossen wurden, wieder als Dringlichkeitsanträge, weil die CSU-Fraktion nichts anderes hat, was sie nach und nach im Plenum vorstellen kann?

Die andere Frage, die ich stelle: Ist es vielleicht eine Hommage an den ehemaligen Wirtschaftsminister, und möchte die CSU-Fraktion, dass seine Arbeit von ihr weiter fortgesetzt wird? Dazu gebe ich einen kleinen Tipp: Sie können einfach mit Ihrer Ministerin selber reden.

Oder formiert sich innerhalb der CSU die Rüstungslobby neu? Ich möchte nur auf einen kleinen Punkt hinweisen. Im "Münchner Merkur" vom 7. Juli wird der CSU-Abgeordnete Tobias Zech zitiert, der den neuen Kurs von Minister Gabriel ganz heftig kritisiert. Er sagte, die unbegründeten schärferen Restriktionen für die deutsche Rüstungsindustrie würden die Moral im Handel mit Rüstungsgütern keinen Schritt voranbringen, sie würden die Entwicklungen eher zurückwerfen. Vielleicht sollte man dazusagen, dass Tobias Zech nicht nur Chef der Jungen Union in Oberbayern ist, sondern auch bei EADS gearbeitet hat, bevor er in den Bundestag gekommen ist.

(Staatssekretär Franz Josef Pschierer: Ist das verboten?)

Ich habe zunächst nur Fragen gestellt.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Keine Zwischenrufe von der Regierungsbank!)

- Genau, keine Zwischenrufe von der Regierungsbank. Außerdem kann ich Fragen stellen, wie ich es möchte. Sie können sich dann selber eine Antwort darauf geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Erwerb und die Verwendung von Drohnen drohen die Hemmschwelle zum Einsatz bewaffneter Gewalt insgesamt zu senken. Drohnen und vor allem auch Kampfdrohnen verändern die Kriegsführung ganz generell. Der Einsatz von Drohnen ist sozusagen eine Automatisierung der Entscheidung über Leben und Tod. Darüber wird viel diskutiert. Auf philosophischer und auf ethischer Ebene wird darüber gesprochen. Diesen Themen muss man sich stellen.

Wir GRÜNE lehnen wegen der militärischen Nutzbarkeit unbemannter Flugobjekte diesen Antrag der CSU-Fraktion ab. In unseren Augen wird in diesem Antrag zu wenig zwischen der zivilen und der militärischen Nutzung unterschieden. Wir wissen aufgrund der Erfahrungen aus der jetzigen Zeit, dass gerade der Einsatz von Drohnen sehr viele zivile Opfer fordert. Sie brauchen mir nicht mit Dual Use zu kommen und damit, dass die Objekte nur für zivile Zwecke eingesetzt werden sollen. Wir wissen auch, dass jede Form der zivilen Forschung immer auch die Möglichkeit eröffnet, die Drohnen für militärische Einsätze zu nutzen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Baumgärtner?

Katharina Schulze (GRÜNE): Ja, gerne.

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe mehrere Zwischenfragen. Meine erste Frage - -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nein, eine kurze Zwischenfrage, bitte.

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Eine kurze Zwischenfrage: Ist es redlich, dass Sie Soldatinnen und Soldaten in den Krieg schicken, ohne

ihnen die beste Ausrüstung mitzugeben, und würden Sie sich genauso entscheiden, wenn Ihre Tochter oder Ihr Sohn schwer verletzt neben einem Panzer liegen würde und dringend auf diese Systeme angewiesen wäre? Das sind die beiden Fragen.

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich komme im Laufe meiner Ausführungen auch noch auf dieses Thema zurück. Ich verstehe jetzt nur nicht Ihre Frage. Wir müssen unterscheiden. Ihre Kollegin hat vorhin gemeint, es gehe rein um die zivile Nutzung der Drohnen. Sie sagen jetzt wieder, sie sollen doch militärisch eingesetzt werden.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Nicht zugehört!)

Sie wissen auch, dass man sich beim militärischen Einsatz oft mit Truppen anderer Länder zusammentut, um sich gemeinsam schützen zu können. Deswegen ist mir das Argument, wir brauchen die Drohnen, um Sicherheit für die Soldatinnen und Soldaten zu gewährleisten, ein bisschen zu wenig.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Darüber entscheidet der Bundestag!)

Das Thema Bundeswehr wäre gleich mein nächster Punkt. Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, Sie müssten auch wissen, dass der Bundestag nicht darüber entscheidet, wo diese Rüstungssysteme eingesetzt werden. Darüber entscheidet die Verteidigungsministerin.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Aber der Bundestag entscheidet darüber, wo die Soldaten eingesetzt werden!)

Der Bundestag entscheidet nur darüber, welche Rüstungssysteme gekauft oder benutzt werden, aber nicht darüber, wo sie eingesetzt werden. Also ist Ihre Aussage, dass der Bundestag je nach Einsatz darüber entscheiden kann, ob Drohnen benutzt werden oder nicht, falsch. Das nur zur Klarstellung.

Wir GRÜNE sind prinzipiell der Meinung, dass der Freistaat keine Forschungsprogramme unterstützen soll, die dezidiert das Ziel haben, die Automatisierung bei militär-

ischen Einsätzen voranzubringen. Der Freistaat soll sich vielmehr dafür einsetzen, dass die Automatisierung von militärischen Systemen international geächtet wird. Damit das weiter vorangeht, können Sie gerne auf europäischer Ebene zusammenarbeiten. Wenn Sie Rüstungsforschung fördern wollen, sollten Sie den Fokus auf die Prävention richten. Das heißt, Forschungen, die technologische Risiken bei militärischen Einsätzen früh erkennen und Handlungsempfehlungen für den rechtlichen und forschungspolitischen Rahmen entwickeln, würden wir gut finden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz abgesehen davon ist jetzt zusätzliche Forschungsförderung zum unbemannten Fliegen in Bayern deswegen unnötig, weil sich – das wissen Sie auch – mehr als 20 bayerische Firmen mit diesen Themen beschäftigen. Es wird nirgendwo so viel im militärischen Bereich geforscht wie im Bereich des unbemannten Fliegens und Fahrens.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, den noch niemand in dieser Debatte angesprochen hat. Es hat mich auch gewundert, dass Sie, Herr Kollege Gantzer, obwohl Sie sonst auf dieses Thema immer Wert legen, in keiner Weise darauf eingegangen sind. Bevor wir uns damit wieder auseinandersetzen werden, wie es mit den Drohnen weitergeht, sollten wir uns die Rechtsgrundlagen genauer ansehen. Gerade im Rahmen der inneren Sicherheit ist der Einsatz von Überwachungsdrohnen ohne ausdrückliche Rechtsgrundlage möglich. Wir GRÜNE sagen ganz klar: Wir lehnen den Einsatz von Drohnen durch die Polizei bei Observationen, im Rahmen der Videoüberwachung oder bei Demonstrationen im öffentlichen Raum strikt ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir möchten vielmehr, dass der Einsatz von Drohnen durch staatliche Stellen streng reguliert wird, und zwar sowohl in Fragen der Sicherheit als auch in Fragen des Datenschutzes. Gleichzeitig wissen wir, dass Drohnen nicht nur von staatlichen, sondern auch von nichtstaatlichen Stellen eingesetzt werden, zum Beispiel von Hochschulen,

aber auch immer mehr von Unternehmen und Privatpersonen. Deswegen fordern wir eine allgemeine Kennzeichnungspflicht für Drohnen und eine klare Regelung für die Haftung, für die Sicherheit, für den Datenschutz und für die Nutzung im öffentlichen Raum. Ich finde es schon ziemlich schwach, dass der Antrag der CSU-Fraktion derselbe wie der vor zwei Jahren ist und dass Sie nicht einmal auf diese Themen in irgendeiner Form eingegangen sind. Für mich sind das keine neuen Ideen. Für mich ist es nur ein Recycling des alten Antrags. Damit ist er inhaltlich nicht zu unterstützen, und deswegen gibt es von der Landtagsfraktion der GRÜNEN keine Zustimmung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Jürgen W. Heike (CSU): Schade!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sind Sie mit Ihren Ausführungen fertig, Frau Kollegin?

Katharina Schulze (GRÜNE): Ich bin mit meinen Ausführungen fertig und freue mich auf die nächste Bemerkung.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Dann haben wir drei Zwischenbemerkungen angemeldet bekommen. Herr Kollege Baumgärtner, Sie müssen sich leider hinten anstellen. Zuerst kommt der Kollege Professor Gantzer, dann der Kollege Pohl und dann Kollege Baumgärtner. Herr Professor Gantzer, bitte schön.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Herr Präsident, sehr geschätzte Frau Kollegin! Das, was Sie jetzt lange ausgeführt haben, würden wir militärisch als Werfen von Nebelkerzen bezeichnen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben zwar viel gesagt, aber ich bin mir immer noch nicht im Klaren, was Ihre Meinung ist. Sie wissen doch wahrscheinlich, dass es schon eine ganze Menge privater Drohnen gibt, die alle nicht kennzeichnungspflichtig sind, die alle schon in Wohngebieten fliegen, die den Nachbarn überwachen können, die aber nicht dem staatlichen Datenschutz unterliegen. Sie wissen, dass es diese Drohnen schon gibt. Vor diesem Hin-

tergrund meine Frage: Sind Sie jetzt überhaupt gegen Drohnen? Sind Sie überhaupt gegen Aufklärungsdrohnen? Über Kampfdrohnen will ich nicht diskutieren. Das ist ein extra Gebiet. Ich will nur wissen: Sind Sie generell gegen jegliche Aufklärungsdrohnen, ganz gleich, wo sie eingesetzt werden?

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sie haben jetzt zwei Minuten Redezeit für die Beantwortung der Zwischenbemerkung.

Katharina Schulze (GRÜNE): Hoch geschätzter Herr Kollege Gantzer, Sie haben mir wohl nicht richtig zugehört; denn ich habe gerade in der letzten Minute meiner Rede sehr deutlich gesagt, was wir GRÜNE fordern. Wir fordern, weil es eben viele nicht staatliche Drohnen gibt, eine klare Kennzeichnung, klare Regelungen für den Datenschutz sowie klare Regelungen für die Sicherheit und für die Nutzung im öffentlichen Raum und für die Haftung. Wir sagen nicht, dass man Drohnen nicht in gewissen Fällen als passendes Objekt, zum Beispiel für die Aufklärung, sehen könnte. Wir machen hier aber den Punkt, dass man, wenn man sagt, etwas nur für die zivile Nutzung zu wollen, es immer auch militärisch nutzen kann. Das ist das Problem, wenn wir zu Einsätzen kommen, bei denen jemand mehrere tausend Kilometer weit entfernt sitzt und dort über Leben und Tod entscheidet. Aber Sie haben meinen Ausführungen auch hier nicht ganz zugehört, weil ich klar gesagt habe, dass wir natürlich darüber reden müssen, wie wir mit denen umgehen, die es jetzt schon gibt. Da gibt es nicht genug rechtliche Regelungen und Grundlagen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Stiefel sind auch militärische Mittel!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank dafür. Jetzt ist Herr Kollege Pohl mit seiner Zwischenbemerkung dran.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Einiges hat Herr Kollege Professor Gantzer schon vorweggenommen. Ich will trotzdem noch einmal auf den anderen Punkt zurückkommen. Frau Kollegin, wir reden hier von einem Dringlichkeitsantrag. Ich habe mir schon Gedanken gemacht, was denn an dem Antrag so

dringlich ist, wenn wir ihn vor zwei Jahren beschlossen haben. Der Begriff "Dringlichkeitsantrag" sollte hier besser durch "Abmahnung an die Bayerische Staatsregierung" ersetzt werden. Sehen Sie das genauso?

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Pohl, da sind wir jetzt einmal einer Meinung. Es geschehen noch Zeichen und Wunder. Da bin ich natürlich absolut Ihrer Meinung. Ich hatte es am Anfang erwähnt. Es scheint mir eher so zu sein, dass die CSU-Fraktion kurz vor der Sommerpause keine Ideen für einen Dringlichkeitsantrag hatte. Darum hat sie einfach einen Antrag recycelt, den sie vor zwei Jahren schon einmal gestellt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt Herr Kollege Baumgärtner. Bitte sehr.

Jürgen Baumgärtner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Man kann in der Tat gegen den Einsatz von Drohnen sein. Dann wäre es aber wichtig, dass man in der politischen Argumentation sagt, ich lehne auch die Einsätze der Bundeswehr ab. Alles andere ist nicht redlich und nicht fair.

(Beifall bei der CSU)

Das ist das Erste. Gegen das eine zu sein und das andere zu wollen, passt nicht zusammen. Zweitens. Dem Kollegen Zech seine berufliche Ausbildung und seine politische Überzeugung vorzuwerfen, ist eine politische Unverschämtheit. Das sollen Sie wissen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den GRÜNEN)

Katharina Schulze (GRÜNE): Zwei Punkte dazu: Erstens, ich habe einfach nur informiert, ich habe es transparent gemacht. Er hat es sogar auf seiner eigenen Website stehen. Ich finde, es ist absolut in Ordnung, wenn das auch noch mehr Leute erfahren. Vielleicht wussten Sie es vorher nicht. Hiermit habe ich es Ihnen jetzt gesagt.

Der zweite Punkt, den ich vorbringen möchte, ist folgender: Sie machen es sich, ehrlich gesagt, ziemlich leicht, wenn Sie sagen, entweder das eine oder das andere. Man kann Dinge nämlich sehr wohl auch differenziert betrachten. Genau das habe ich gemacht, und das machen wir GRÜNE ständig.

(Zurufe von der CSU: Nein!)

Wenn Sie sinngemäß sagen, Drohnen haben wir jetzt, und wenn man sie hat, muss man auch alles andere mitmachen, muss ich antworten: Man kann Dinge auch differenziert betrachten. Das ist gar nicht so schwer. Das bekommen alle hin, wenn sie sich nur bemühen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das machen Sie nicht! – Zuruf von der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Schulze. Jetzt hat sich noch einmal Frau Kollegin Schreyer-Stäblein gemeldet. Bitte schön!

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ich nutze jetzt noch die kurze Zeit, die ich für meinen Redebeitrag habe. Herr Pohl hat nachgefragt, wo die Dringlichkeit ist. Das beantworte ich Ihnen sehr gerne. Sie haben sicherlich verfolgt, dass in der Aktuellen Stunde des Bundestags am 2. Juli die Äußerung von Ministerin von der Leyen gefallen ist, dass die Drohnen derzeit eine Fähigkeitslücke der Bundeswehr darstellen, die man durch solche Flugsysteme schließen könnte. Deswegen war mir wichtig, dass wir hier im Freistaat ein klares Bekenntnis abgeben und sagen, jawohl, wir müssen hier etwas tun, und bitte schön tut auch etwas. Ich finde es immer gut, das mit einem Landtagsbeschluss zu untermauern. Sie wissen ganz genau, dass die Staatsregierung hier aktiv ist. Darum geht es auch nicht. Ich glaube, es geht hier wirklich um den Inhalt. Darum sollten wir uns kümmern.

Ich komme zum zweiten Teil. Frau Schulze hat gerade zu Recht die ethischen Fragen angesprochen. Deswegen ist es wichtig, dass ein Parlament wie der Bundestag ent-

scheidet, wo Soldaten hinkommen, und dass das nicht irgendwo entschieden wird. Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen, dass darüber, welche Waffen eingesetzt werden, diejenigen entscheiden müssen, die das beruflich können, und nicht die Politiker. Das liegt in der Logik und ist Gott sei Dank so. Ich bin sehr froh, dass der Herr Kollege Zech aus dem Fachbereich kommt und sich dort einbringt.

(Beifall bei der CSU)

Das schadet in den Fraktionen nicht, wenn sich jeder in dem Fachbereich einbringt, wo er sich auskennt, Frau Kollegin. Insofern möchte ich Sie gerne daran erinnern, dass zum Beispiel der erste Beschluss, Soldaten ins Ausland zu schicken, unter Außenminister Joschka Fischer gefallen ist. Da haben sich die GRÜNEN sehr wohl beteiligt, und mit Verstand.

(Beifall bei der CSU)

Es geht also nicht darum zu sagen, wir schicken jetzt irgendwen irgendwohin. Es geht darum, unsere Soldaten so auszustatten, dass sie dort, wo sie hingeschickt werden, ihren Job gut machen können. Das habe ich auch mehrfach ausgeführt; dem Herrn Gantzer war das schon zu viel. Das hatte ich mehrfach betont.

Wir müssen hier überlegen, ob wir das, was eingesetzt wird, hier in Bayern oder anderswo produzieren. Ich habe die Arbeitsplätze lieber in Bayern. Wenn Sie das anders sehen und sich gegen die Arbeitsplätze und gegen die gute Ausstattung der Bundeswehr entscheiden, dann können Sie das gerne tun. Ich hoffe, dass es möglichst viele mitbekommen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. – Jetzt wird uns Herr Staatssekretär Pschierer die Sicht der Staatsregierung darlegen. Bitte sehr.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Wirtschaftsministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Kollegin Schulze, zunächst vielleicht doch eine Anmerkung zu Ihnen. Ich persönlich bin stolz darauf, dass der Freistaat Bayern nach wie vor einer der führenden Luft- und Raumfahrtstandorte nicht nur in Deutschland, sondern in Europa ist.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie mutig sind, dann halten Sie die Rede, die Sie hier gehalten haben, einmal vor Betriebsräten oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an den EADS-Standorten.

(Beifall bei der CSU)

Wenn ich mir die Sozialstruktur unserer Parlamente anschau, stelle ich fest, dass wir alle dankbar sein sollten, wenn es gelegentlich noch jemanden gibt, der einmal in der freien Wirtschaft gearbeitet hat und dann den Weg in ein Parlament findet. Auch das kann uns nicht schaden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Nun aber zum Vorwurf der Opposition, was den Antrag angeht; Sie hatten offenbar das Gefühl, in den letzten zwei Jahren sei hier nichts passiert.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Ja, es ist einiges passiert, meine Damen und Herren. Erster Punkt: Ich will auf die Legislaturperiode 2008/13 verweisen. Ich erkenne ausdrücklich an, dass sich der damalige Wirtschaftsminister Martin Zeil bei diesem Thema engagiert hat, auch in gemeinsamen Gesprächen mit dem früheren Bundesverteidigungsminister de Maizière.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Punkt zwei lautet: Unsere Ministerin Ilse Aigner hat sich in der gleichen Art und Weise mit der Nachfolgerin von der Leyen in Verbindung gesetzt, weil wir dafür kämpfen,

diese Kompetenz zu halten. Der dritte Punkt lautet: Meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie sollten insbesondere zur Kenntnis nehmen, dass kein Bundesland im Bereich Luft- und Raumfahrtindustrie so viel wie der Freistaat Bayern aus eigenen Landesmitteln investiert hat, bezogen auf die Bevölkerungszahl. Dafür trägt die Bayerische Staatsregierung die Verantwortung. Ich will an das Cluster Bavaria, an das Bauhaus Luftfahrt e.V. und viele andere Dinge erinnern. Ich war vor wenigen Wochen mit 40 bayerischen Unternehmern im Bundesstaat Georgia in den Vereinigten Staaten, in Atlanta, Savannah und an anderen Standorten. Liebe Frau Schulze, die Welt bleibt nicht stehen, nur weil Sie es wollen. Die Welt ändert sich. Das Thema unbemanntes Fliegen wird weltweit in Forschung und Entwicklung beackert. Wer sich hier abkoppeln will, versündigt sich am Industrie- und Forschungsstandort Bayern und Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in dieser Staatsregierung ein Interesse daran, im Bereich von Luft- und Raumfahrt die komplette Wertschöpfungskette zu erhalten, nämlich komplett Luftfahrtsysteme zu entwickeln, zu bauen und zu warten. Deshalb sehen wir im Bereich Luft- und Raumfahrt insgesamt einen erheblichen Wachstumsmarkt, auch im Bereich unbemanntes Fliegen. Frau Schulze, ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen, weil Sie gesagt haben, Dual Use, diese Argumentation wollen Sie nicht. Doch, Sie müssen diese Diskussion führen, weil auch Sie einen Punkt beim Thema Dual Use unterstützen müssten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Mitglieder der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN etwas dagegen hätten, unbemannte Objekte beispielsweise bei der Klimakontrolle, bei Umweltauflagen und vielen anderen Dingen einzusetzen. Meine Damen und Herren, dort, wo es Ihnen ideologisch passt, sind Sie für alles.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb werden wir weiter an diesem Thema dranbleiben. Ich sage Ihnen: Einsatzspektren, angefangen bei der Überwachung von Industrieanlagen bis zu den Themen

Fischereibestände, Klimaforschung, Vermisstensuche, Land- und Forstwirtschaft und, und, und gibt es genug. Bayerische Unternehmen – und das gilt nicht nur für die Global Players, sondern für viele kleine mittelständische Betriebe – haben die Möglichkeit, hier noch mit niedrigen Hürden einzusteigen. Das sollten wir auch nutzen. Wir haben bestimmte Programme, mit denen wir das Ganze schon testen. Ich nenne nur das Thema Einsatztauglichkeit für Such- und Rettungseinsätze. Es ist bereits jetzt im Programm Demonstration zum Thema unbemanntes Fliegen für Bayern enthalten. Es gibt also sehr viel Anwendungspotenzial im zivilen Bereich.

Die zweite Diskussion, die geführt worden ist, ist eine verteidigungspolitische Grundsatzdiskussion, lieber Herr Kollege Gantzer. Diese Diskussion müssen wir im Deutschen Bundestag führen. Ich würde es zudem begrüßen, wenn sich die Europäische Union hier stärker engagieren und zu einer gemeinsamen Diskussionsgrundlage kommen würde. Liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein Debakel erlebt. Dieses Debakel will ich gar nicht verheimlichen. Es geht um die gescheiterte Euro-Hawk-Beschaffung. Mir wäre es lieber gewesen, wir hätten diese gescheiterte Beschaffung nicht erlebt, sondern uns darauf konzentriert, selber Systeme zu entwickeln. Nur dann haben wir die volle Verfügungsgewalt. Daran sollten wir arbeiten.

Frau Schulze, die andere Diskussion wird gerne im Bundestag und auf europäischer Ebene geführt. Als moderner Industriestandort sollten wir uns von dem Thema unbemanntes Fliegen nicht verabschieden. Wir haben Universitäten, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und die industriellen Kapazitäten. Wir sollten alles tun, um uns von diesem Kompetenzbereich nicht zu verabschieden, sondern weiter am Ball zu bleiben. Deshalb unterstütze ich seitens der Staatsregierung erneut diesen Antrag der CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dring-

lichkeitsantrag auf der Drucksache 17/2671 seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzelne Abgeordnete aus der SPD-Fraktion. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/2674 mit 17/2677 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.